

Wachsendes Übernahmegeschäft

Pflegeheime und Arztpraxen werden zunehmend von privaten Kapitalbeteiligungsgesellschaften gekauft – und weiterverkauft

Private Finanzinvestoren erwerben und verkaufen zunehmend Pflegeheime und Arztpraxen in Deutschland, auch Krankenhäuser haben sie im Blick. Ein Großteil der erzielten Gewinne fließt in so genannte Steueroasen. ExpertInnen haben die jüngste Entwicklung untersucht. Sie warnen vor Auswirkungen auf Beschäftigte und PatientInnen, sehen weiteren Forschungsbedarf – und plädieren dafür, derartige Geschäftsmodelle zu stoppen.

Die erste wissenschaftliche Studie zum Thema hat das Institut für Arbeit und Technik (IAT) aus Gelsenkirchen in diesem Februar veröffentlicht. Seit 2013 gab es rund 130 Übernahmen von Unternehmen im deutschen Gesundheitssektor, 60 Prozent davon in den vergangenen zwei Jahren, bilanzieren drei IAT-ForscherInnen (→*Randbemerkung*). Ausweislich der Zahlen sei der Gesundheitsbereich im Jahr 2017»zur wichtigsten Zielbranche dieser Finanzinvestoren« geworden.

Den wirtschaftlich wichtigsten Teilbereich der Übernahmen machten Pflegeheime und -dienste aus – mit insgesamt rund 37.000 MitarbeiterInnen. »Für die Beschäftigten sind der Wechsel des Eigentümers und die möglichen Folgen häufig nicht transparent«, sagt die Arbeitsforscherin Michaela Evans, eine der AutorInnen der IAT-Studie. »Gerade in der Altenpflege ist es problematisch, wenn Spielräume der Lohngestaltung und des Personalbesatzes genutzt werden und die ohnehin knappen Ressourcen als Renditen ins Ausland abfließen.«

Als zweiten Trend sehen die IAT-ForscherInnen den Erwerb von Facharztpraxen, vor allem in den Bereichen Zahnmedizin, Radiologie und Augenheilkunde. Wobei der Übernahme-Prozess hier offenbar erst in Gang komme: Im Bereich der Zahnmedizin seien inzwischen sieben Zahnarzt-Ketten etabliert worden, von denen drei erst 2018 begonnen haben, in Deutschland zu expandieren. Die Übernahme einzelner Zahnarztpraxen durch einen nicht-medizinischen Investor ist hierzulande erst seit 2015 zulässig.

Das Geschäftsmodell der Finanzinvestoren sieht laut ForscherInnenteam im Wesentlichen so aus: Unternehmen übernehmen, diese restrukturieren und nach einigen Jahren wieder

verkaufen, mit möglichst hoher Rendite. Die Übernahmen deutscher Medizineinrichtungen seien überwiegend von fonds-basierten Private-Equity-Gesellschaften (PEG) aus europäischen Ländern und aus den USA realisiert worden.

Der Begriff »Private Equity« steht für Beteiligungskapital. PE-Gesellschaften, erklären die ForscherInnen, »investieren nicht aus einem eigenen Kapitalstock, sondern legen einen Fonds auf, in den externe Investoren einzahlen können«. Die eingezahlten Beträge stünden in der Regel nur für einen befristeten Zeitraum zur Verfügung, meist für etwa zehn Jahre. In dieser Phase versuchen Private-Equity-Gesellschaften (PEG), ihr Geschäft zu machen, das heißt: Firmen für Übernahmen ausgucken, erwerben, neu ordnen, möglichst teuer wieder verkaufen. Die Gewinne werden zwischen PEG und Fondsinvestoren aufgeteilt. Wobei zwei Drittel der beteiligten Fonds laut IAT ihren rechtlichen Sitz in einem Offshore-Finanzzentrum hatten,

»Neue Dimension der Privatisierung und Finanzialisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge«

»insbesondere auf den Cayman Islands und auf Guernsey«. Offshore-Finanzzentren bieten nach Darstellung der ForscherInnen »geringe Steuersätze sowie geringe Transparenzvorschriften, so dass eine weitere Nachverfolgung etwaiger Gewinne

in die Herkunftsländer der Akteure erschwert wird«.

Und was bedeutet diese Gemengelage mit häufigen Eigentümerwechseln, auch Zusammenlegungen, für die Beschäftigten der übernommenen Betriebe und die Versorgung der PatientInnen? Fragen, die in weiteren Studien genauer zu untersuchen wären. Christoph Scheuplein, einer der IAT-Forscher und studierter Soziologe und Volkswirt, erkennt angesichts des »rasanten Größenwachstums der neue Pflegekonzerne und Facharztketten« jedenfalls eine »neue Dimension der Privatisierung und Finanzialisierung von Einrichtungen der öffentlichen Daseinsvorsorge«. In einigen Jahren, wenn die Marktanteile neu verteilt sein würden, werde die Solidargemeinschaft mit neuen, handlungsstarken Akteuren konfrontiert. Die Leidtragenden, warnt Scheuplein, könnten die PatientInnen und Beschäftigten sein.

Scheuplein meint: »Es erscheint dringend erforderlich, den aktuellen Eingriff von Finanzinvestoren in den Gesundheitssektor wieder zu unterbinden.«

Klaus-Peter Görlitzer (Hamburg), Journalist, verantwortlich für BIOSKOP

Zum Weiterlesen

Die Finanzinvestoren-Studie, gemeinsam verfasst von Christoph Scheuplein, Michaela Evans und Sebastian Merkel, heißt »Übernahmen durch Private Equity im deutschen Gesundheitssektor: eine Zwischenbilanz für die Jahre 2013 bis 2018«.

Als »Diskussionspapier« (42 Seiten) steht sie auf der Homepage des Instituts für Arbeit und Technik (IAT) zum gratis Herunterladen bereit: www.iat.eu/discussionpapers/download/IAT_Discussion_Paper_19_01.pdf

Spannend sind auch die Analysen des Autors Rainer Bobsin, der unter anderem Recherchen für den *Infodienst Krankenhäuser* der Gewerkschaft Ver.di betreibt. Sein einschlägiges Buch *Finanzinvestoren in der Gesundheitsversorgung in Deutschland – 20 Jahre Private Equity* erschien Anfang 2019 in vierter, erheblich erweiterter Auflage. Der Offizin-Verlag, der das Buch (104 Seiten, 10 Euro) publiziert hat, bescheinigt Bobsin »eine betont sachliche Bestandsaufnahme – gerade weil es zahlreiche Gründe gibt sich aufzuregen«.

